

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drehblatt: Nachrichten Dresden.
Gesprecher-Sammelnummer 25 241.
Für die Nachgeschriften: 2001.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Auflage monatlich M. 30,-, aber durch die Post bei täglich zweimaliger Auflage monatlich M. 30,-.
Die Spalte 22 mm breite Zeile M. 12,- außerhalb Sachsen M. 15,-. Commercielle Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmärkten, 1 poligische Werbung, 1 poligische Ausgabe, 1 poligische Anzeige des Vorabendblattes M. 1,50.

Schriftleitung und Kaufgeschäftsstellen:
Marienstraße 36/40.
Druck u. Verlag von Uhlrich & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") zulässig. - Unverlangte Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

Auf der Suche nach einem Ausweg.

Zwei vermittelnde Lösungen.

Paris, 16. Aug. Der Londoner Sonderberichterstatter des "Matin" spricht davon, daß man im allgemeinen nicht glaube, daß Frankreich ein militärisches Vorgehen einleite und sich von allen seinen Alliierten trennen werde, da man sei davon überzeugt sei, daß es hierbei keinen Nutzen finde. Über zwei vermittelnde Lösungen werde gesprochen. Die erste besteht darin, daß Frankreich eine Konferenz aller an der Reparationsfrage interessierter Signatarius des Friedensvertrags von Versailles nach Paris einberufe, um sich mit ihnen über die Gefährlichkeit des Problems auszusprechen. Die zweite Lösung schiebe man Belgien zu. Man glaube, daß das belgische Kabinett vielleicht auf die drei kommenden Zahlungen Deutschlands, die ganz Belgien ausfüllen, verzichtet, und sie auf später verlängert, so daß der Augenblick, in dem Frankreich etwas von den Zahlungen erhalte, durch die Bewilligung des dreimonatigen Moratoriums nicht hinausgeschoben würde. Der Berichterstatter will nicht behaupten, daß dieser Gedanke auf einer ersten Grundlage beruhe. Es handele sich hier wohl um ein Geheimnis der belgischen und französischen Regierung. (W. T. B.)

Über den belgischen Plan berichtet noch folgende Londoner Meldung:

London, 16. August. Aus der Unsicherheit, die der Gang der Londoner Konferenz geschaffen hat, kann nach Aussicht hiesiger politischer Kreise möglicherweise noch ein Plan des belgischen Premierministers Theunis führen. Dieser sei der Ansicht, daß Frankreich Geld nötig habe und sein Moratorium wünsche, das England über ein Moratorium wünsche und kein Geld nötig habe. Da Belgien seinerzeit ein Prioritätsrecht auf die Reparationszahlungen habe, so nehme er das Recht für sich in Anspruch, für ein Moratorium in auf sechs Monate zu stimmen. Es sei anzunehmen, daß nach Ablauf dieser Zeit durch eine Anleihe Geld für Deutschland aufzutreiben ist, so daß Frankreichs dringendste Forderungen befriedigt werden können. Diese Idee soll auch in französischen Kreisen nicht ungenutzt kommentiert werden. Bei der nächsten Konferenz kann sie, falls sie vorliegt, auf günstige Aufnahme technen.

Die nächste Konferenz.

London, 15. August. Theunis hat in London darauf bestanden, daß die nächste Konferenz in Brüssel stattfinden soll.

Direkte deutsch-französische Auseinandersetzung?

Berlin, 16. August. Nach der "Dona" wird in Berliner diplomatischen Kreisen ein angeblicher Plan Poincarés diskutiert, der auf eine direkte deutsch-französische Auseinandersetzung hinauslaufe. Es wird behauptet, daß seit längerer Zeit zwischen dem Simons-Konzern und einer großen französischen Finanzgruppe Verhandlungen stattfinden, die nicht ohne Kenntnis der deutschen und französischen Regierungen geführt wurden. Am Vordergrunde standen dabei die Verhandlungen über die deutsch-luxemburgischen Werke. Man führe zum Beweis an, daß an der Börse bereits bedeutsame Anzüge in einigen Papieren von dieser direkten deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung sich geltend machen.

Weitere Verschleppung der Anleihe.

Paris, 16. Aug. Die für Mitte September in Aussicht genommene Konferenz des internationalen Bankerausschusses mußte infolge des Abbruches der Londoner Konferenz auf unbestimmt Zeit verschoben werden. Trotzdem wird Morgan, der augenblicklich in Rom weilte, gemäß seinen ursprünglichen Dispositionen Anfang September für eine Woche nach Paris kommen und mit den maßgebenden Kreisen der französischen und englischen Hochfinanz wegen der geplanten großen Anleihe für Deutschland fühlend nehmen. Die Anleihen für diese Anleihe sind gegenwärtig die denkbar ungünstigsten, da ihre prinzipielle Bewilligung erst nach einer Konferenz des Banerausschusses erfolgen kann, der kaum vor Ende des Jahres zusammengetreten wäre.

Der Einfluß des Konferenzabbruchs auf den Londoner Devisenmarkt.

(Eigner Drahtbericht der "Dresden-Nachrichten".) London, 15. August. Der Abbruch der Konferenz hat einen ungünstigen Einfluß auf den Devisenmarkt ausgeübt. Die Mark sank bis auf 4000 für das Pfund Sterling. Für einen Penny gab es 19 Mark. In offiziellen englischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Frankreich nicht allein vorgehen werde. Die Londoner Konferenz habe gezeigt, daß die anderen Delegationen nicht den Standpunkt Poincarés unterstützen. Man ist in politischen Kreisen davon überzeugt, daß Frankreich nunmehr die Entscheidung in die Hände der Reparationskommission legen wird. Die Stimmung in der City infolge des Abbruchs der Konferenz ist nicht so pessimistisch, wie die Aktienmärkte es vermuten lassen könnten. Man glaubt vielmehr, daß eine Baisse nur vorübergehend sein werde. "Da man bald eine neue Konferenz erwarte, ist man sicher, daß diese zur Festigung der Mark beitragen werde."

Die Ansicht über die Wirkung einer neuen Konferenz erscheint angesichts der ganzen Lage reichlich naiv. Der Wunsch ist dabei offenbar der Vater des Gedankens.

Einberufung des französischen Parlaments.

Paris, 16. Aug. Wie unterrichtete Kreise mitteilen, dürften, selbst wenn der heutige stattfindende Ministerrat die Einberufung des Parlaments beschließen sollte, diese nicht eher erfolgen, als bis die Reparationskommission über die Frage eines deutschen Moratoriums und darüber entschieden haben werde, ob ein Bericht über Deutschland festgestellt werden könnte. Man erwartet eine Entscheidung der Reparationskommission innerhalb drei bis vier Tagen, so daß eine Einberufung der Kammer für Mitte nächste Woche in Frage kommen könnte. Wie dazu von anderer Seite mitgeteilt wird, soll die Einberufung des Parlaments zum 22. d. M. nach Paris bereits erfolgt sein.

In Erwartung der offiziellen deutschen Weigerung

Paris, 16. Aug. Zur Frage, ob die französische Kammer einberufen wird, schreibt der "Matin", obwohl im Ministerium einige Stimmen für die Einberufung seien, seien andere und nicht die unbedeutendsten gegen diese Maßnahmen und erklären, die Regierung sei solidarisch mit dem Ministerpräsidenten, man müsse die Verantwortung mit übernehmen. Auch das "Echo de Paris" glaubt nicht an die unmittelbar bevorstehende Einberufung des Parlaments. Erst müsse Deutschland sich geweigert haben, die Entscheidung der Reparationskommission anzuerkennen.

Französische Kritik an Poincaré.

(Eigner Drahtbericht der "Dresden-Nachrichten".) Paris, 15. Aug. Das "Journal des Débats" schreibt, ein Fehler von Poincaré sei es gewesen, daß er trotz der Note Balfours seinen großzügigen Plan über die Regulierung der internationalen Schulden und der Reparationen der Konferenz unterbreitet habe. Er sei dadurch in das Fahrwasser von Lloyd George gekommen, der nun das Schiff nach seinem Belieben lenken könne.

Poincarés Empfang in Paris.

(Eigner Drahtbericht der "Dresden-Nachrichten".) Paris, 15. August. Poincaré und Delastenne sind heute abend um 8 Uhr hier eingetroffen. In demselben Buge hatten auch Mitglieder der italienischen Delegation unter Führung von Schanzer Platz genommen. Poincaré ist von mehreren Persönlichkeiten, die während seiner Abreise seine Geschäfte in Paris führten, empfangen worden. Die italienische Delegation wurde von Graf Sorga begrüßt. Eine zahlreiche Menschenmenge umstülpte den Bahnhofplatz und brachte Poincarés begeisterte Huldigungen dar. Heute abend wird Poincaré eine Ansprache französischer Journalisten empfangen und ihnen über die Londoner Konferenz Erklärungen abgeben.

Lloyd Georges Londoner Abschiedsworte an Frankreich.

Amsterdam, 15. Aug. Hier werden jetzt die Schlusserklärungen Lloyd Georges auf der Konferenz der alliierten Minister bekannt. Der englische Ministerpräsident hat gesagt, die Verhandlung über die Wiederherstellungfrage müsse stets beim Wiederherstellungsausschuß verbleiben müssen. Ferner hat er sein Einverständnis mit der sofortigen Anwendung der vom Garantiekomitee bereits verlangten ausreichenden Garantien erklärt und sich weiter dafür verbürgt, daß bis zur Wiederaufnahme der Ministerkonferenz Ende dieses Jahres, in Übereinstimmung mit dem Vorschlag der Italiener, England von seinen Verbündeten keinerlei Tilgungsbräten oder Zinsen ihrer Schulden einfordern würde. Der Londoner Korrespondent des "Corriere della Sera" erläutert noch über die letzten Versprechungen Lloyd Georges mit Schanzer über dem Abbruch der Konferenz in London: Als Schanzer über die Möglichkeit eines Bruches und eines selbständigen Vorgehens Frankreichs mit Lloyd George gesprochen habe, hätte dieser sich sehr entschlossen gesetzt und gesagt: "Müssen die Franzosen tun, was sie für gut halten! Sie können ins Ruhegebiet, sie können bis Berlin gehen. Sie werden zu Ihnen kommen."

Die Haltung Amerikas zum Abbruch der Konferenz.

London, 16. Aug. Aus Amerika wird dem "Daily Telegraph" geweckt, die Wiederherstellung Europas sei so notwendig für Amerikas Wohl, daß der Zusammenschluß der Londoner Konferenz mit grohem Bedauern vernommen werden sei. Man verstehe, daß Lloyd Georges Vorschlag, die deutschen Schulden um zwei Drittel herabzulegen, eine hohe Ruh für Frankreich sei, aber es werde daran hingewiesen, daß die ganze Reparationsfrage, praktisch angelehnt, nicht weniger hart ist. In amerikanischen Geschäftskreisen werde durchaus verstanden, daß Deutschland, um so beträchtliche Zahlungen zu leisten, zunächst einmal seine Währung befestigen müsse und über dies einer großen Anleihe bedürfe. Man wisse in Amerika, daß das nicht möglich sei unter den Bedingungen, die Poincaré ins Auge gesetzt habe.

Dollar (Amtlich): 1012,50

Arbeitnehmerpläne zur Bekämpfung der Teuerung.

Berlin, 16. Aug. Die Spartenverbände der Arbeitnehmerorganisationen haben in den letzten Tagen über die durch den Markfall hervorgerufene Wirtschaftslage beraten. Wie die "Voss. Zeit." mitteilt, wollen die Arbeitnehmervertreter heute mit dem Reichswirtschaftsminister Schmidt die Lage erörtern, und im Anschluß daran Beschlüsse fassen, die der Reichsregierung vorgelegt werden sollen. Die Spartenverbände wollen der Regierung Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung vorschlagen, die auf eine Einschränkung der freien Wirtschaft und teilweise Rückkehr zur Bauswirtschaft hinzuhalten und vor allem eine Drohung der Einfuhr herbeizuhören wollen.

Berlin, 16. Aug. Zu dem von den Spartenorganisationen angesichts der neuen Marktlage beschlossenen Schritt wird noch mitgeteilt, daß heute vormittag vertragliche Vereinbarungen zwischen den einzelnen Gewerkschaften stattfanden. Es handelt sich zunächst darum, eine gemeinsame Front aller Arbeitnehmervertreter zu schaffen, und aus diesem Grunde soll auch versucht werden, ein Vereinbarung mit den Organisationen der christlichen und der katholischen Organisationen zu schaffen. Ob bei den Verhandlungen mit der Regierung seitens der Gewerkschaften bestimmte Vorstellungen in der Richtung der Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses gemacht werden, steht noch nicht fest.

Verschärfung des Landarbeiterstreiks

in Oberbarnim.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 16. August. Der von den Kommunisten in Szene gesetzte Landarbeiterstreik im Kreis Oberbarnim hat insofern eine Verschärfung erfahren, als neben den zahlreichen Bürgern jetzt auch eine Reihe von Bauernhöfen von dem Ausstand betroffen worden sind. Auf einigen Höfen ist es bereits zu Tötlichkeiten zwischen den Kommunisten und den freigewerkschaftlich organisierten Landarbeitern gekommen. Mit Nachdruck auf diese Lage ist die Schutzpolizei in Oberbarnim weiter verstärkt worden.

Banrische Agitation gegen das Berliner Protokoll.

(Von unserem Sonderberichterstatter)

München, 16. Aug. Außerhalb der bayerischen Landeshauptstadt wird sehr stark gegen das Berliner Protokoll agitiert. In einer Versammlung vor den Toren München wurde eine Entschließung zum Berliner Protokoll angenommen, in der es heißt: Wir Bayern wollen nicht noch einmal ähnliches erleben, wie im letzten Herbst, daß der Unfähigkeit der bayerischen Unterhändler, Graf Verdienst und seine Berater, nicht weiter geeignet, das bayerische Volk zu vertreten. Wenn die Parteien nicht den eigenen Mut haben, ihr "Unannehmbar" aufrecht zu erhalten, dann sollen sie das Volk fragen. Heute will man angeblich das Reich vor Erschütterungen bewahren und wird in Völkern erstaunen über die Erschütterungen, die man ohne Überlegung herbeigeschafft hat. Eine Deputation wurde beauftragt, von dieser Entschließung persönlich dem Ministerpräsidenten Kenntnis zu geben.

Auf frischer Tat erappelt.

Stuttgart, 16. Aug. Der unabhängige sozialistische Landtagsabgeordnete Emil Schuler, Redakteur des "Sozialisten", ist auf Anordnung des Staatsanwaltschaft wegen Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse verhaftet worden. Der Landesverrat wird in einem fürstlich im "Sozialisten" erschienenen Artikel "Waffenfund und Arbeitslosigkeit" erläutert. Dem Hinweis auf seine Abgeordneteneigenschaft wurde mit der Bemerkung begegnet, daß es sich um ein Erkappen auf frischer Tat handelt.

Aushebung des Posslgeheimnisses in Thüringen.

Berlin, 16. Aug. Eine deutsch-nationale Anfrage hat den Reichsminister des Altenburger Bezirks und durch den Regierungskommissar in Altenburg (S.-A.) erachtet, ihm ein Bericht aus sämlicher Zeitungsbearbeitung einzusehen. Dem Erkunden des Regierungskommissars ist entgegnet worden. Das Polizei-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung für das Land Thüringen durch die Veröffentlichung des thüringischen Staatsministeriums bestellt, die zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege rechtsmäßig aufzuhoben werden. Alle Polizeibehörden des Landes Thüringen haben nach dieser Verordnung des Staatsministeriums dem Erkunden des Regierungskommissars Folge zu leisten.

Der Zusammenbruch des polnisch-oberösterreichischen Eisenbahnverkehrs.

Wien, 16. Aug. In Polisch-Oberschlesien wachsen mit jedem Tage die Störungen im Eisenbahnverkehr. Um den Unregelmäßigkeiten im Zugverkehr zwischen Deutsch- und Polisch-Oberschlesien einigermaßen abzuheben, sollen vom 1. September ab die Züge aus Deutschland mit den polnischen Lokomotiven bis nach Katowitz durchgeführt und eine Anzahl deutscher Eisenbahnbeamten in Katowitz stationiert werden.